

## BESSER VERSTEHEN, BESSER VORSORGEN – FINANZBILDUNG STÄRKEN

**Finanzielle Bildung ist Voraussetzung für Selbstbestimmung und Chancengerechtigkeit.** Wer mit Geld umgehen kann, versteht Verträge, trifft bessere Vorsorgeentscheidungen und kann Chancen am Arbeitsmarkt und beim Vermögensaufbau nutzen.

Studien zeigen: **Viele Menschen haben zu wenig Finanzwissen.** Denn in Ausbildung und Alltag kommt finanzielle Bildung oft zu kurz. In der Folge erhöht fehlende Finanzbildung das Risiko von Überschuldung, Fehlentscheidungen bei Geldanlagen und unzureichender Altersvorsorge. Besonders betroffen sind Frauen. Sie haben im Durchschnitt ein geringeres Finanzwissen und sind häufiger von Versorgungslücken im Alter betroffen.

Gleichzeitig werden finanzielle Entscheidungen immer komplexer. Digitale Finanzangebote, private Altersvorsorge, Versicherungen und Kapitalmärkte verlangen Kenntnisse, die viele Menschen nie systematisch erworben haben.

**Wir Freie Demokraten wollen Finanzbildung deshalb entlang der gesamten Bildungslaufbahn stärken:** in der Schule, in der Ausbildung, im Studium und im Erwachsenenalter.

### Hessische Strategie für Finanzbildung

Mit der nationalen Finanzbildungsstrategie hat der Bund unter Bundesfinanzminister Christian Lindner und Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger einen wichtigen Schritt gemacht. Hessen braucht eine eigene Strategie, die bestehende Angebote bündelt, Lücken schließt und klare Ziele setzt.

Wir wollen eine **hessische Strategie für Finanzbildung** entwickeln, die Maßnahmen koordiniert und die Finanzkompetenz der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig stärkt.

## Finanzbildung muss Schule machen

Hessische Schülerinnen und Schüler sollen grundlegende Kenntnisse über Haushaltsführung, Sparen, Investieren, Altersvorsorge, Steuern, Versicherungen und die soziale Marktwirtschaft erwerben. **Dazu braucht es ein eigenes Schulfach Wirtschaft.** Bis dieses eingeführt ist, sollen finanzielle und wirtschaftliche Inhalte in den Lehrplänen deutlich gestärkt werden.

Das setzt Lehrkräfte voraus, die auf die Vermittlung von Finanz- und Wirtschaftsfragen kompetent vorbereitet sind. **Deshalb wollen wir ein Hessisches Zentrum für Finanz- und Wirtschaftsbildung schaffen,** angesiedelt an einer wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und mit mindestens einem wirtschaftsdidaktischen Lehrstuhl. Das Zentrum soll die Lehrkräfteausbildung stärken, neue Unterrichtskonzepte entwickeln, Fortbildungen anbieten und den Austausch zwischen Wissenschaft, Schule und Praxis fördern.

Die besonderen Bildungsaufgaben des Schulgesetzes sind völlig überfrachtet. Wichtige Aufgaben wie die finanzielle Bildung gehen darin unter. Wir wollen Lehrmaterialien und Informationen zur ökonomischen Bildung bündeln und den Schulen über die digitalen Plattformen zur Verfügung stellen, das Fortbildungsangebot im Bereich der ökonomischen Bildung ausweiten und die Kooperation mit außerschulischen Institutionen fördern und ausbauen.

Schulische Finanzbildung darf nicht nur aus Theorie bestehen. Wir wollen das Projekt „**School meets finance**“ nach Hamburger Vorbild nach Hessen holen. Damit vernetzen wir Schulen stärker mit Fachleuten aus Finanzverwaltung und Wirtschaft. Schülerinnen und Schüler sollen praxisnah lernen, wie Steuern, Finanzplanung, Geldanlage und Altersvorsorge funktionieren.

In Hessen beschäftigen sich mindestens vier Ministerien mehr oder weniger intensiv mit dem Thema ökonomische Bildung – ohne erkennbaren Output. Mit diesem lähmenden Kompetenzwirrwarr muss Schluss sein. **Die Zuständigkeit soll mit in einem eigenen Fachreferat im Kultusministerium gebündelt werden.**

## Ein Thema für alle Lebensphasen

Auch Erwachsene benötigen Orientierung bei Finanzfragen. Verträge, Kredite, Versicherungen, Geldanlage und Altersvorsorge betreffen Menschen in allen Lebensphasen. **Deshalb wollen wir die Verbraucherzentrale Hessen und weitere unabhängige Bildungsangebote dauerhaft stärken.** Finanzielle Bildung muss für alle Bürgerinnen und Bürger leicht zugänglich sein.